

Von Dr. Ulrike Schenk

Inhalt

Vorwort 2

I. Die Grenzen des neoliberalen Globalisierungsprozesses..... 3

 A. Der gegenwärtige Globalisierungsprozess führt zu einer Zunahme der individuellen und gesellschaftlichen Risiken 3

 B. Das Argument von der Generationengerechtigkeit 4

II. Zur Situation der Generation der unter 30 - Jährigen..... 7

 A. Die gegenwärtig stattfindende Entkoppelung von Lohnarbeit und Sozialsystem trifft vor allem die junge Generation..... 7

 B. „Génération précaire“ 10

 C. Eine verängstigte Generation..... 14

III. Fazit und Ausblick..... 15

Zwischen Weltenbürger und Sozialfall

Vorwort

In den Wünschen und Lebenseinstellungen junger Menschen spiegeln sich die sozialen Konflikte und Probleme von Gesellschaften in ungetrübter und kompromissloser Weise wider. Die zunehmende Existenzangst vieler junger Menschen und die damit verbundene, zu Recht bestehende Sehnsucht nach einem zukunftsfähigen Leben eines großen Teils der Jugendlichen prangert in schonungsloser Weise eine Gesellschaft an, der es nicht gelungen ist, die Partizipation aller an der sich gegenwärtig vollziehenden ökonomischen Vernetzung zu garantieren. Die vielerorts hierzulande kritisierte pragmatische, sachbezogene Einstellung eines großen Teils der Jugendlichen geht zulasten von gesellschaftlichen Visionen, die gerade für eine sich im gesellschaftlichen Umbruch begreifende Gesellschaft so notwendig sind.

Auch wenn es zunächst verständlich erscheint, dass sich ein Großteil der jungen Generation eher in die Alltäglichkeit zurückzieht als gesellschaftlichen Visionen nachzuhängen, so stößt diese doch einseitige, pragmatische Orientierung auf ihre Grenzen: denn vor allem die junge Generation wird es sein, die sich künftig mit den Konsequenzen einer verfehlten, auf dem neoliberalen Credo beruhenden Sozialpolitik auseinandersetzen muss. Die schon heute stattfindende Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Sozialleistungen hat zu einer globalisierungskritischen Atmosphäre in der Gesellschaft geführt. Von unterschiedlichster Seite werden deshalb auch Befürchtungen vor zunehmenden protektionistischen Einstellungen geäußert (Fricke, 2007; Bofinger, 2007).

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Kritik weniger an die Vorstellungen und Lebensweisen der Jugendlichen, sondern an die gesellschaftlichen Bedingungen zu richten ist. Die mit dem gegenwärtig stattfindenden Globalisierungsprozess einhergehenden Risiken machen eine

Reformierung des sozialen Bereiches unumgänglich. Dies ist vor allem deshalb nötig, weil die sozialen Probleme, die mit den globaler werdenden Wirtschaftsbeziehungen verbunden sind, zur Gefährdung der Stabilität künftiger Gesellschaften führen werden.

I. Die Grenzen des neoliberalen Globalisierungsprozesses

A. Der gegenwärtige Globalisierungsprozess führt zu einer Zunahme der individuellen und gesellschaftlichen Risiken

Schon heute stoßen die sich gegenwärtig auf dem neoliberalen Paradigma beruhenden vollziehenden Markterweiterungen vielerorts auf Skepsis. Grund hierfür ist nicht allein der Wohlstandsverlust der Lohnabhängigen, sondern auch der damit verbundene Verlust an politischen und sozialen Rechten. Während sich linksliberale Theoretiker und Politiker auf die Suche nach politisch emanzipatorischen Argumenten begeben, um hierüber festzulegen, wie weit die Systemlogik des Marktes entfesselt werden und wo und in welchem Rahmen überhaupt Markt herrschen soll, warnen Neoliberale vor einer **sozial - staatlichen Ausrichtung** des Wirtschaftsgeschehens, weil diese zu stagnierenden ökonomischen Entwicklungen führe und hierüber chaotische gesellschaftliche Zustände verursacht werden. Sie verfallen geradezu in eine Wohlstandseuphorie, weil sie mit der Liberalisierung des Arbeitsmarktes nun jenen Moment gekommen sehen, in denen die Märkte ihrer nationalen Reglementierungen entbunden werden und zu höherem gesamtgesellschaftlichen **und** individuellen Wohlstand führen werden.

In der Argumentationskette wettbewerbsradikaler Theoretiker und Politiker spielen jedoch die volkswirtschaftlichen Kosten, die sich aus den zunehmenden individuellen und gesellschaftlichen Risiken ergeben, kaum eine Rolle. Diese werden aber weiter zunehmen. Konflikte innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges wie auch hinsichtlich von Integration und Migration sind schon heute prognostizierbar. Sie werden zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten führen.

Die seit den 1990er Jahren stattfindende internationale Verflechtung der Wirtschaftsräume hat schon heute dazu geführt, dass die Sozialsysteme zunehmend von der Lohnarbeit entkoppelt werden. Durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck hat einerseits die Arbeitsintensität zugenommen, andererseits hat der verstärkte Wettbewerb zum Abbau der *sozialen Sicherheit* geführt. Betroffen von diesen sich gegenwärtig in Deutschland und weiten Teilen Europas vollziehenden strukturellen Veränderungen der Arbeitswelt sind somit die Lohnabhängigen, die neben Einkommensverlusten auch mit unsicher werdenden Arbeitsbedingungen konfrontiert sind. Besonders hart trifft es die Vertreter der jungen Generation, da viele von ihnen ihre Arbeitsbiografien schon heute unter prekären Arbeitsbedingungen beginnen müssen. Nicht nur, dass zahlreiche Vertreter der jungen Generation mit sinkenden Realeinkommen und zunehmender Arbeitslosigkeit konfrontiert sind; auch haben deswegen nur wenige von ihnen die Aussicht, im Alter über ein gesichertes Einkommen zu verfügen. Die Lohnquote, die den Anteil der Arbeitsentgelte am Volkseinkommen widerspiegelt, erreichte 2006 einen Tiefstand von 67% und fiel damit auf das Niveau von 1970 zurück. (Schäfer, Unverdrossene "Lebenslügen-Politik" - Zur Entwicklung der Einkommensverteilung, 2006)

Die Realität sieht so aus, dass unter den Vollzeitbeschäftigten inzwischen jede/r Siebte für einen Niedriglohn arbeitet.

B. Das Argument von der Generationengerechtigkeit

Besonders problematisch ist die hierzulande von neoliberalen Politikern geführte Diskussion hinsichtlich der Generationengerechtigkeit. So wird einerseits eine Arbeitsmarktpolitik propagiert, die sich angeblich aus den *globalen* Wettbewerbszwängen ergibt, andererseits werden *nationale* demographische Gründe angeführt, um die staatlichen Sozialleistungen weiter zu kürzen. Um den sich vorgeblich aus den internationalen Wettbewerbsbedingungen ergebenden Sozialabbau zu legitimieren, bedient man sich also eines nationalen Argumentes.

Die sinkende Geburtenrate der Deutschen und die steigende Lebenserwartung aufgrund des medizinischen Fortschritts führe, so die Argumentation, allmählich zu einer "Vergreisung" der Bundesrepublik. Diese Entwicklung

schwäche das ökonomische Leistungspotenzial des Landes und überfordere strukturell die sozialen Sicherungssysteme (Renten-, Pflege- und Krankenversicherung). Begegnen könne man dem nur mittels einer (Teil-) Privatisierung auf der Beitrags- und/oder einer Leistungsreduzierung auf der Kostenseite. (Butterwegge, 2005)

Eine sich primär auf den *nationalen* demographischen Faktor stützende Argumentation ignoriert den Umstand, dass erst die Politik der Marktliberalisierung zum Abbau der Sozialleistungen geführt hat. Der Rückgang der Reallöhne und die damit einhergehenden verringerten Einnahmen haben nicht nur zu einer Schrumpfung der Beiträge in den Sozialkassen und zu einem geringeren Leistungsangebot der Krankenkassen geführt, sondern auch wesentlich zum Rückgang der Geburtenrate beigetragen. Nicht der demographische Faktor hat primär die Kürzungen der Sozialleistungen zu verantworten, sondern die trotz des Produktivitätsfortschritts kontinuierlich sinkenden Reallöhne nehmen – umgekehrt – auf die demographische Entwicklung Einfluss.

Weshalb wettbewerbsradikale Theoretiker und Politiker sich einerseits eines globalen Erklärungskonzeptes bedienen, um arbeitspolitische Maßnahmen zu rechtfertigen, sich andererseits aber auf nationale demographische Argumentationsmuster beziehen, um Sozialkürzungen zu legitimieren, ist von einem theoretisch-analytischen Standpunkt nicht nachvollziehbar. Politisch lässt es sich allein damit erklären, dass national-staatliche Begründungen herangezogen werden, um schlicht die globalen Verwertungsinteressen weiter auszubauen.

Falsch sind auch die sich hieraus ergebenden politischen Konzepte. So wird die lohnabhängige Bevölkerung dazu angehalten, private Vermögensreserven aufzubauen, um sich so gegen zukünftige Krankheiten und für das Alter usw. abzusichern. Die gegenwärtige Vermögensverteilung, so ist aus einer im November 2007 vom DIW herausgebrachten Vermögensbericht zu entnehmen, ist jedoch alarmierend. Das reichste Zehntel der Deutschen über 17 Jahre verfügt über annähernd 60% des Gesamtvermögens. (Grabka & Frick, 2007). Ein großer Teil der lohnabhängigen Bevölkerung ist hingegen schon heute während der Erwerbslebenszeit nicht mehr in der Lage, ein Vermögenspolster aufzubauen. Der sich mit dem Argument der Generationengerechtigkeit

vollziehende Rückzug des Staates aus den sozialen Sicherungssystemen macht eine nachhaltige Unterstützung derjenigen Menschen unmöglich, die aufgrund geringen Lohneinkommens, prekärer Arbeitsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit einen nur geringen oder überhaupt keinen Vermögensbestand aufbauen konnten. Als Konsequenz bedeutet dies, dass Menschen mit geringem beziehungsweise keinem Vermögensbestand gegen Risiken wie Krankheit, Mutterschaft, Unfall, Alter oder Arbeitslosigkeit zukünftig nur wenig bis gar nicht abgesichert sind. Instrumente der individuellen sozialen Absicherung, die auch für Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen beziehungsweise Menschen mit diskontinuierlichen Arbeitsbiografien lohnend sind, gibt es gegenwärtig nicht. Von der staatlich bezuschussten Riester-Rente wird aufgrund von Steuererleichterungen die Gruppe der gutverdienenden Arbeitnehmer in Normalarbeitsverhältnissen oder die immer seltener werdende Gruppe von Arbeitnehmern, die über 32 Jahre in die Rentenkassen eingezahlt haben, allein profitieren. Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen leben oder zeitweise auf Unterstützung seitens des Staates angewiesen sind, werden künftig von der Mindestrente, und somit der Sozialhilfe leben müssen (Monitor 2007). Bei Bezug der Mindestrente wird nämlich die Riester-Rente komplett angerechnet.

Auch eine kapitalgedeckte Absicherung, wie von neoliberaler Seite favorisiert, wird nicht die notwendige soziale Sicherheit schaffen, da diese – wie sich auch zu Beginn 2008 gezeigt hat - allen Turbulenzen der internationalen Finanzspekulation ausgesetzt ist. „Der große Kladderadatsch der Sozialpolitik“, so Norbert Blüm in einem Interview mit der Zeit, „steht noch bevor. Das Erdbeben der kapitalgedeckten Privatisierung kündigt sich weltweit an. Pensionsfonds sind in Zahlungsunfähigkeit geraten oder davon gefährdet.“ (Blüm, 2007)

Gewarnt wird vor den Konsequenzen gegenwärtiger unzureichender sozialpolitischer Maßnahmen sowohl vom paritätischen Wohlfahrtsverband wie auch von internationalen Organisationen wie der „Organisation für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)“. In einem Anfang 2008 erschienen Interview mit der OECD-Rentenexpertin Monika Queisser heißt es, „dass in 30 bis 40 Jahren jene, die eine Zeitlang zu den Geringverdienenden zählten beziehungsweise arbeitslos waren und somit nicht

durchgängig in das Rentensystem einzahlen konnten, künftig in Altersarmut leben müssen.“ (Queisser, 2008)

Vor einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft wurde auch Anfang 2007 auf dem Wirtschaftsforum in Davos gewarnt. Es waren nicht so sehr ethisch-moralische Gründe, die die gesellschaftlich Privilegierten zu dieser Kritik bewogen haben, sondern der in weiten Teilen der Bevölkerung wahrnehmbare, sich seit Jahren breitmachende Globalisierungsskeptizismus. Dieser erklärt sich aus der zunehmenden Einkommenskluft. Laut dem chinesischen Wirtschaftspolitiker Zhu Min ist die **Einkommenskluft** in den USA wieder so hoch wie 1913 (Fricke, 2007). In Deutschland, wo ebenfalls eine zunehmende Einkommenskluft festzustellen ist, stagniert seit Jahren die Lohnquote. Von dem gegenwärtig zunehmenden Bruttosozialprodukt profitieren lediglich die Kapital- und Vermögenseigentümer (Schäfer, 2007). Vor den Folgen eines in Protektionismus umschlagenden zunehmenden Globalisierungsskeptizismus wird nicht nur von amerikanischer Seite, sondern auch hierzulande vom Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Peter Bofinger, gewarnt. (Bofinger, 2007)

II. Zur Situation der Generation der unter 30 - Jährigen

A. Die gegenwärtig stattfindende Entkoppelung von Lohnarbeit und Sozialsystem trifft vor allem die junge Generation

In weiten Teilen Europas und auch in Deutschland ist eine zunehmende Tendenz zu beobachten, nach der „normale“ Arbeitsverhältnisse (sozialversichert, festes Anstellungsverhältnis, Vollzeitarbeit in **einem** Betrieb) durch „neue“ Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, Leiharbeit, Mini – Job) ersetzt werden. Auch wenn im letzten Jahr aufgrund der konjunkturellen Entwicklung eine leichte Gegenentwicklung in Deutschland einsetzte und die Zahl der Menschen mit sozialversicherten Jobs leicht gestiegen ist, so wird prognostiziert, dass die Zahl der Job-Hopper, Teilzeitkräfte, Zeitarbeiter und gering verdienenden Selbständigen zunehmen wird (Niejahr, 2008). Dass die Arbeitsbedingungen in zwanzig bis dreißig Jahren nicht mehr jene sein werden, die wir heute kennen, darin sind sich Theoretiker unterschiedlichster

Provenienz einig. In welche Richtung sich diese Entwicklung vollzieht, wird nicht zuletzt davon bestimmt, inwieweit es Arbeitslosen, Lohnabhängigen, der Jugend und anderen politischen Akteuren gelingt, ihre Interessen an einem erfüllenden Arbeitsplatz einzubringen.

Die Auseinandersetzung über die künftige Arbeitswelt wird gegenwärtig auf den unterschiedlichsten Ebenen geführt. Der jeweilige politische Ansatz bedient sich einer entsprechenden Begrifflichkeit. Über Begriffe werden nämlich empirische Erscheinungen auf das Wesentliche reduziert. Sie dienen damit der Abstraktion und ggf. der Verschleierung des Realen. Was in diesem Zusammenhang als wesentlich beziehungsweise unwesentlich erachtet wird, ist bei den politischen Begriffen interessenbestimmt. Die Begriffe, derer sich die einzelnen Interessengruppen bedienen, um neue Arbeitsformen zu erfassen, könnten somit auch nicht unterschiedlicher ausfallen. So wird über den Begriff „flexible Arbeitsformen“ auf die in der Realität zu beobachtende Tatsache rekuriert, dass die veränderten Wettbewerbsbedingungen zu einer zunehmenden Mobilität des Faktors Arbeit geführt haben. Dass dieser Begriff vor allem von jenen verwendet wird, die dem Wettbewerbsliberalismus neoliberaler Prägung anhängen, versteht sich von selbst. Dagegen steht der Begriff der „prekären Arbeitsverhältnisse“ für eine Realität, in der Lohnabhängige immer mehr aus den tarifvertraglichen, betrieblichen oder arbeitsrechtlichen Regelungen ausgegrenzt werden (Pfarr, 2000, S. 281). Während man sich dieses Begriffes in Deutschland, Spanien und Italien bedient, ist er in England nahezu unbekannt.

In einer im November 2007 erschienenen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes der Hans Böckler –Stiftung (WSI) verglichen Wissenschaftler auf der Grundlage empirischer Daten befristete Beschäftigte und Leiharbeiter mit Arbeitnehmern in Normalarbeitsverhältnissen anhand folgender Aspekte:

Einkommen, Weiterbildungsbeteiligung und Stabilität der Beschäftigung.

Die Ergebnisse dieser Studie legitimieren eine Verwendung des Begriffs der prekären Arbeitsverhältnisse, denn sie zeigen:

- a.) dass für alle in prekären Verhältnissen Arbeitenden weniger in die berufliche Zukunft investiert wird als für Arbeitnehmer in Normalarbeitsverhältnissen. Die Teilnahme an Weiterbildungskursen ist beispielsweise über alle atypischen Beschäftigungsformen hinweg deutlich niedriger als bei Normalarbeitnehmern.
- b.) dass prekär Beschäftigte auch viel häufiger nur einen so genannten Prekaritätslohn verdienen - das ist weniger als **zwei Drittel des Medianlohns pro Stunde**. Im Jahr 2005 lagen 31 Prozent der atypisch Beschäftigten unter dieser Prekaritäts-Schwelle von 9,95 Euro im Westen und 7,49 Euro im Osten. In der Vergleichsgruppe waren es lediglich 9,4 Prozent. Die vertiefte statistische Analyse der WSI-Forscher offenbart dabei deutliche Unterschiede zwischen den atypischen Beschäftigungsformen: Am häufigsten erhalten Minijobber Niedrigverdienste: elf bis 18 mal so häufig wie Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis. Mit einigem Abstand, so die Studie weiter, folgen Leiharbeiter, bei denen die Wahrscheinlichkeit, für einen Prekaritätslohn arbeiten zu müssen, gut siebenmal höher ist.
- c.) dass für befristet Beschäftigte und Leiharbeitnehmer weniger Beschäftigungsstabilität besteht. Für sie ist das Risiko, arbeitslos zu werden, etwa vier Mal so hoch, wie für Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen: "Bei diesen beiden Beschäftigtengruppen kumulieren die Prekaritätsrisiken in besonderem Maße", resümieren die Wissenschaftler.

Auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bewerten die Wissenschaftler die Ausweitung „prekärer Arbeitsverhältnisse“ kritisch. „Denn wer längere Zeit wenig verdient, kommt oft ohne aufstockende Transfers nicht mehr aus - spätestens im Alter. Und die schwache Weiterbildungsbeteiligung der Atypischen verschärft die ohnehin vorhandene Qualifizierungsschwäche in der deutschen Wirtschaft“ (Dr. Seifert & Brehmer, 2007). Die Prekarisierung wird immer weniger zu einem Einzelschicksal, oder wie Pierre Bourdieu schon in den 1990 – iger Jahren beschrieben, zu einem Schicksal der gegenwärtig in den Arbeitsprozess eintretenden Generation, sondern zu einem *gesamtgesellschaftlichen* Phänomen.

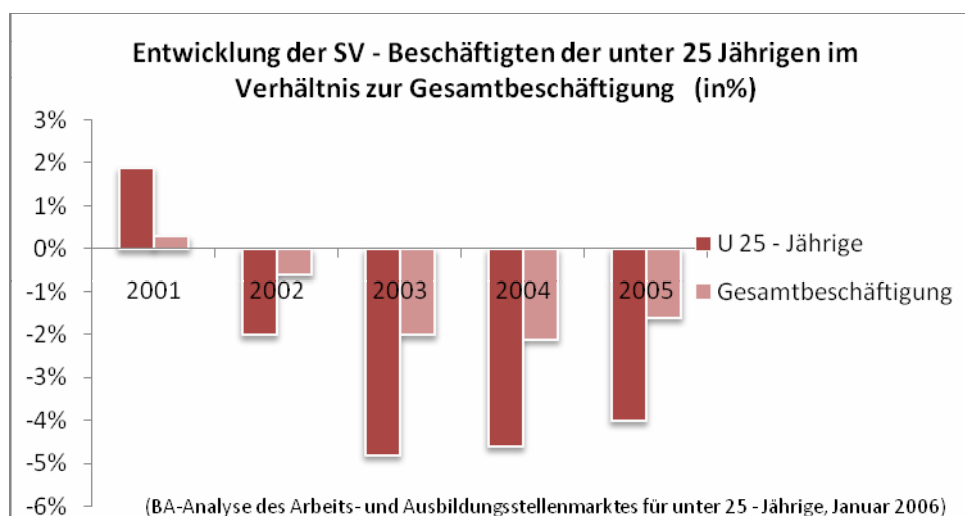
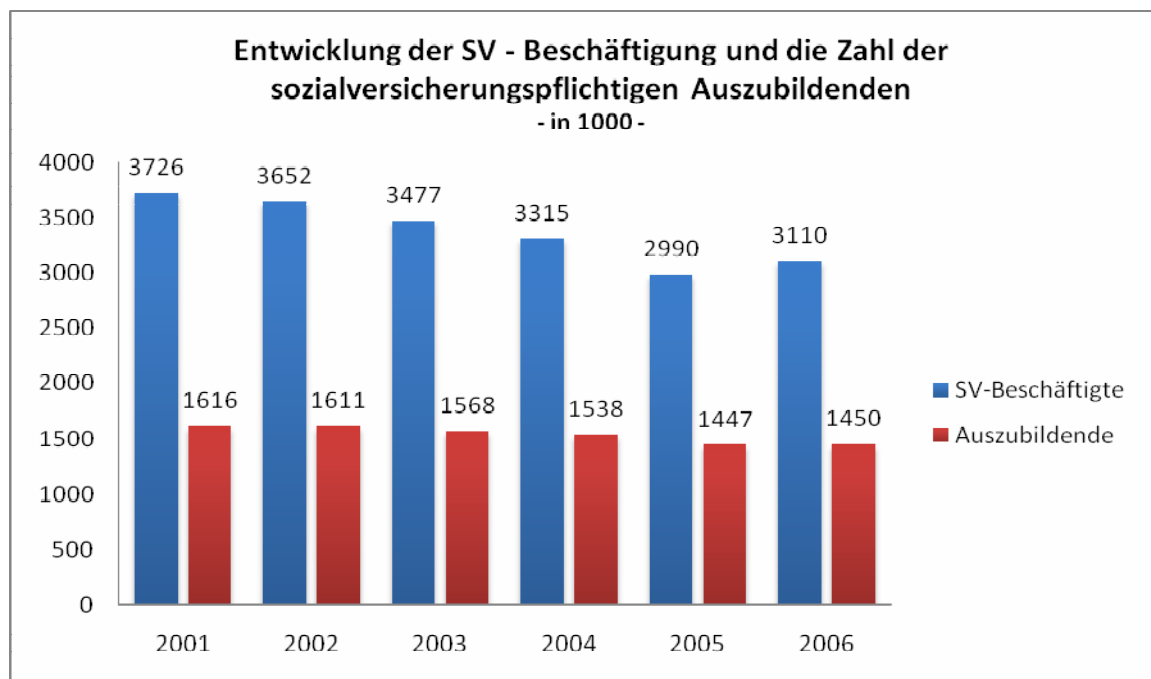
B. „Génération précaire“

Die junge Generation ist von den **sich veränderten Arbeitsbeziehungen** und den Folgen des sich gegenwärtig vollziehenden ökonomischen Wandels besonders stark betroffen. Dies gilt nicht nur für die Jugendliche in Deutschland, sondern europaweit. So ist in Europa die Jugendarbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote in Europa. (Pohl & Walther, 2006; Kalina Thorsten, 2008). Trotz hervorragender Abschlüsse und mehrfacher Diplome gelingt es tendenziell nur noch Wenigen, Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu finden. Die Zeitschere zwischen dem Abschluss der Ausbildung und dem Eintritt ins Berufsleben öffnet sich und viele überbrücken diese Zeit mit Praktika, Arbeitslosigkeit usw.. Pierre Bourdieu, der die Generation der heute in die Arbeitswelt Eintretenden als „génération précaire“ bezeichnet, wies zu Recht darauf hin, dass mit den unsicher werdenden Arbeitsbedingungen auch die Planung der eigenen Zukunft immer schwieriger wird.

Konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit

In einer im Jahr 2007 erschienenen DGB Studie wird der „Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit wesentlich auf den Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von jungen Menschen“ zurückgeführt. (Planque, 2006) Hier zeigt sich, dass junge Menschen schneller Opfer einer schlechten Konjunkturentwicklung werden.“ (Planque, 2006)

Auffällig, so die Studie weiter, ist beim Beschäftigungsrückgang seit 2002, dass die Altersgruppe U25 mehr als doppelt so stark vom Arbeitsplatzabbau betroffen ist wie die Gesamtheit der erwerbstätigen Bevölkerung. Zu dieser Einschätzung ist auch die Europäische Kommission in ihrem „gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2007/2008“ gekommen. Demnach beträgt im Euroraum die Jugendarbeitslosigkeit durchschnittlich 17,4 %: „Sie ist in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor ein schwerwiegendes Problem“. (EU, 2008)



Quelle: BA – Analyse des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes für unter 25 – Jährige, Januar 2006

Sockelarbeitslosigkeit

Trotz guter konjunktureller Situation wurde auch den unter 30- Jährigen der Berufseinstieg erschwert. Dies beginnt schon bei den Stellenausschreibungen, in denen **Berufserfahrung nach wie vor ein hoher Stellenwert eingeräumt wird**. 63,8 % aller Stellenangebote waren beispielsweise 2005 Bewerbern

vorbehalten, die in der ausgeschriebenen Tätigkeit schon Erfahrung gesammelt hatten. Nur **0,8 %** der Stellenausschreibungen richteten sich ausschließlich an Berufsneulinge. "Damit setzte sich der Abwärtstrend bei den Stellen, die exklusiv Berufsneulingen offen stehen, fort." (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt Kompakt, 2006) Im Jahr 2000 hatte deren Anteil noch **3,4 %** betragen.

Viele Absolventen nutzen deshalb Praktika zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit. Die Wissenschaftler Dieter Grünh und Heidemarie Hecht vom Absolventenbereich der Freien Universität Berlin fanden heraus, dass 40 % der Absolventen nach dem Studium ein Praktikum absolvieren. Trotz Flexibilität und guter Fach- und Fremdsprachenkenntnisse sehe die Zukunft einer steigenden Anzahl von Akademikern alles andere als rosig aus.

Die Hälfte der Praktika sei unbezahlt - wo es finanzielle Leistungen gab, hielten sich diese in einem überschaubaren Rahmen. Der Durchschnittslohn habe bei etwa 600 Euro monatlich gelegen. Für Frauen liege der Durchschnittslohn mit 543 Euro darunter. (Grünh & Hecht, Prekäre Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, 2007)¹

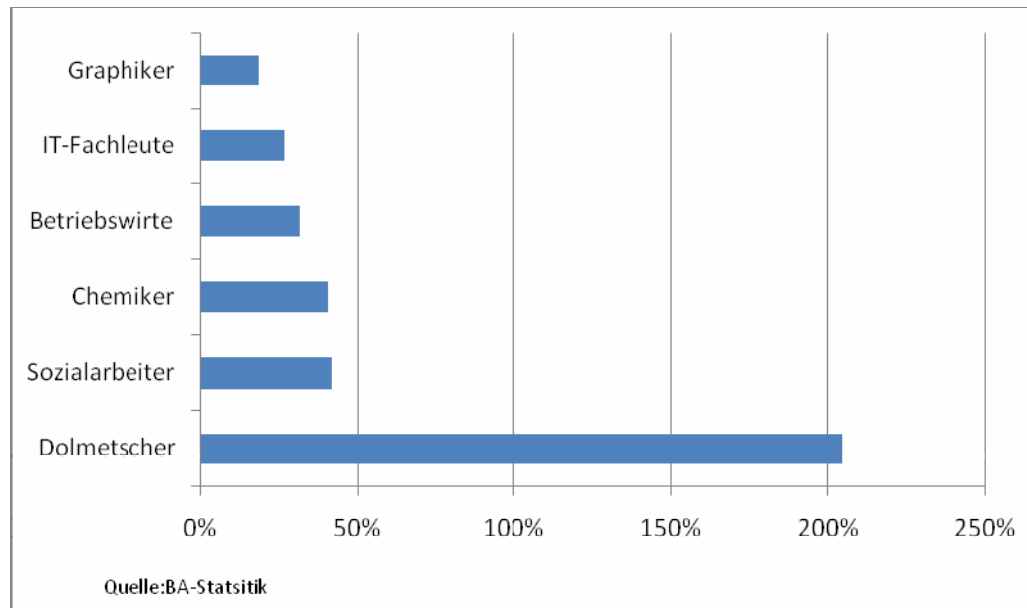
Zeitarbeit

Um Wartezeiten nicht über Praktika und Arbeitslosigkeit überbrücken zu müssen, wird jungen Menschen seitens der Arbeitsagenturen geraten, Zeitarbeitsverhältnisse einzugehen.

Von der im letzten Jahr guten konjunkturellen Lage hat die Zeitarbeitsbranche am meisten profitiert. Zeitarbeitsfirmen meldeten, so der Bericht der Bundesagentur für Arbeit, 2006 Rekord-Stellenzahlen (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt für Akademiker Kompakt, 2007). Im Jahre 2006 registrierte die Bundesagentur für Arbeit in einigen akademischen Berufsgruppen um ein Vielfaches größere Stellenzugänge bei Zeitarbeitsfirmen als noch vor fünf Jahren

Anteil der Stellen von Zeitarbeit wird bei den Akademikern immer größer

¹ Ausgewertet wurden mehr als 500 Fragebögen. Zwar sei die Erhebung damit nicht repräsentativ, erlaube aber erstmals auf breiter Datenbasis Aussagen darüber, wie oft, wie lange und unter welchen Bedingungen Hochschulabsolventen als Praktikanten arbeiten - und wie ihr Einstieg ins Berufsleben aussehe.



Immer öfter, so die Arbeitsagentur, „nutzen Absolventen den Einstieg ins Berufsleben über renommierte Zeitarbeitsfirmen, um so rasch Zugang zu verantwortungsvollen Positionen zu bekommen“. Diese Entwicklung will die Bundesagentur für Arbeit (BA) weiter forcieren möchte. Um die Potenziale der Zeitarbeit noch stärker für Arbeitslose – und hier insbesondere für Akademiker - zu nutzen, hat das BA-Vorstandsmitglied Raimund Becker mit 15 der größten Zeitarbeitsunternehmen in Deutschland Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet. Ziel aller Aktivitäten ist es, die von den Unternehmen gemeldeten offenen Stellen schnell und passgenau zu besetzen. „Die Bundesagentur für Arbeit wird hierbei nicht tatenlos zuschauen“. (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt Kompakt, 2006) Sie wird IT-Systeme, wie die Online-Übermittlung von Stellenangeboten und die Nutzung der Jobbörse im Internet zur Verfügung stellen. Über Veranstaltungen wie Bewerberbörsen bietet die Agentur den Zeitarbeitsunternehmen darüber hinaus eine Plattform, um sich einer größeren Zahl von interessierten Bewerbern vorzustellen (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt für Akademiker Kompakt , 2007, S. 7).

Der vom Vorstandsmitglied der Bundesagentur geäußerten Hoffnung, dass sich Beschäftigungsverhältnisse von Zeitarbeitsstellen in Normalarbeitsstellen umwandeln werden, steht eine zuwiderlaufende Realität gegenüber. Im Vergleich zu den „normalen Beschäftigten“ sind die „Zeitarbeiter“ nicht nur finanziell, sondern auch hinsichtlich ihrer konkreten Arbeitsbedingungen schlechter gestellt.

Wie im vorangegangenen zweiten Abschnitt dargelegt, konnte auf der Grundlage empirischer Untersuchungen zwischen den Jahren 1989 bis 2005 nachgewiesen werden, dass Beschäftigte in atypischen Arbeitsverhältnissen im Vergleich zu Beschäftigten in Normalarbeitszeitverhältnissen geringere Löhne und Gehälter und weniger Weiterbildungsmaßnahmen erhalten sowie über weniger Beschäftigungsstabilität verfügen.

Ergänzend hierzu eine Aussage des IAB Arbeitsmarktforschers Helmut Rudolph Ende 2007:

„Trotz ihrer Vollzeitbeschäftigung sind Beschäftigte in Zeitarbeitsfirmen von staatlichen Subventionen weiter abhängig.“

Ende Januar 2007 waren es 453 000 Menschen, die einer Vollzeit-Beschäftigung nachgingen und gleichwohl von staatlicher finanzieller Unterstützung abhängig waren. Das waren, so der für die Studie zuständige IAB-Arbeitsmarktforscher Helmut Rudolph in der Süddeutschen Zeitung, mehr als doppelt so viele Menschen wie Anfang 2005. Die Zahl der erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Bezieher stieg in den ersten acht Monaten 2007 um fast 16 Prozent auf 1,263 Millionen, wie aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervorgeht

C. Eine verängstigte Generation

Der Shell – Jugendstudie zufolge hat die Angst vieler junger Menschen vor sozialer Unsicherheit trotz guter konjunktureller Lage im letzten Jahr weiter zugenommen. So hat die von Jahr zu Jahr schlechter werdende Einkommenssituation bei Jugendlichen zu einer größeren Skepsis gegenüber ihrer eigenen Zukunft als auch gegenüber der Gesellschaft geführt.² 53 % der 2532 der in Deutschland befragten Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 25 Jahren sehen die Zukunft der Gesellschaft düster. Im Vergleich zu ihren früheren Altersgenossen ist die Generation der heute bis 25– Jährigen stärker um ihre eigene Zukunft besorgt. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren bzw. keine adäquate Beschäftigung zu finden, nimmt unter den Jugendlichen jährlich zu. Waren es 2002 noch 55 %, die sich um ihre Zukunft sorgten, so waren es 2006 bereits 69 % der von Shell befragten Jugendlichen. Auch die Angst vor einer zunehmend schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage nahm in den letzten Jahren zu. 66 % der befragten Jugendlichen haben Ängste vor

² Die Deutsche Shell beauftragt seit 1952 führende Forschungsinstitute mit der Erstellung von Jugendstudien und stellt die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung. Bis heute sind insgesamt 14 Jugendstudien - repräsentativ für Deutschland - veröffentlicht worden.

steigender Armut. Wie sich gezeigt hat sind diese Ängste berechtigt. Denn vor allem die Generation der unter 25 – jährigen ist von den gegenwärtigen strukturellen Umbrüchen in der Arbeitswelt besonders stark betroffen.

Der Wunsch nach einem familiär und beruflich ausgefüllten Leben hat zu veränderten Lebenseinstellungen geführt. Junge Frauen, so die Shell – Studie, sind schon in frühen Jahren ausgesprochen ehrgeizig, und junge Männer verbleiben im Durchschnitt sehr lange bei den Eltern (Shell-Studie 2006). Vergleicht man diese Lebenseinstellungen und Wünsche der heutigen jungen Generation mit jenen gesellschaftsverändernden Idealen ihrer Altersgenossen aus den 1960er und 1970er Jahren in der Bundesrepublik (oder mit der sich in Ost- und Westeuropa gleichfalls ausbreitenden nihilistischen Stimmung zu Beginn der 1980er Jahre), so wirkt die heutige Generation in Gänze auf erschreckende Weise illusionsleer und pragmatisch. Anstelle der in diesem Alter so typischen Sinnsuche ist ein Alltagspragmatismus getreten, indem die Sorge hinsichtlich zukünftiger materieller Sicherheit gegenüber allen anderen Wünschen überwiegt.

III. Fazit und Ausblick

Das wahrnehmbare geringe Interesse am parlamentarisch-politischen Willensbildungsprozess vieler Jugendlichen ist unter anderem einer Entwicklung geschuldet, in der die existentielle Unsicherheit vor allem als individuelles Problem aufgefasst wird. Viele junge Menschen erhoffen durch individuelle Erfolge, den gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entrinnen zu können. Der direkten Partizipation an den politischen Prozessen stehen die Jugendlichen hingegen kritisch gegenüber, weil die politischen Akteure in den etablierten Parteien, so der Vorwurf, sich der Probleme der jungen Generation kaum annehmen. Die Wenigen Jugendlichen, die aktiv politisch etwas verändern wollen, bringen sich deshalb lieber in alternativen politischen Szenen und somit in außerparlamentarische Bewegungen ein als in den etablierten Partei-Strukturen. Der Erfolg der Partei Die Linke. wird sich nicht zuletzt darin zeigen, inwieweit es ihr gelingt, ein gesellschaftliches Konzept zu konzipieren, dass nicht nur jedem Einzelnen der jungen Generation eine individuelle existentielle Sicherheit in Aussicht stellt, sondern auch als

gesellschaftskritische Kraft den eingetretenen Werteverfall aufzuhalten und anstelle des ökonomischen Globalisierungseuphorismus eine soziale Ausrichtung globaler Prozesse zu setzen weiß.